

An die  
Medien

Dortmund

10.03.06

## **PRESSEMITTEILUNG**

Die kurzfristig drohende Insolvenz von Heitkamp-Deilmann-Haniel ist für Dortmund bzw. das Ruhrgebiet ein ernsthaftes Problem. Beschäftigte wissen sehr genau, dass der Arbeitsmarkt Ruhrgebiet kaum offene Stellen und damit Bewegungsspielräume bietet.

Dazu Fraktionssprecher Mario Krüger: "Tatsächlich kommt diese Situation jedoch kaum überraschend und war absehbar. Seit 1997 hat bereits ein erheblicher Beschäftigungsabbau als Folge von Zechenschließungen eingesetzt. Schon unter der vorherigen Landesregierung ist ein planvoller Rückbau der Kohle-Subventionen beschlossen worden, der die Schließung von drei Zechen in 2006 und den Folgejahren vorsieht."

Damit war auch absehbar, dass Aufträge für den Streckenvortrieb unter Tage, die von der DSK an HDH vergeben wurden, nicht mehr im Umfang wie in den vergangenen Jahren vergeben würden und dass strategischer Umorientierungsbedarf bei HDH existiert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat für diese Legislaturperiode angekündigt, bis 2010 750 Mio. Euro Kohlesubventionen abzubauen. Damit wird das Ausstiegsszenario aus der Kohleförderung durch einen weiteren Abbau der Jahresfördermenge fortgeschrieben.

Festzuhalten ist jedoch, dass die DSK in den vergangenen Monaten HDH systematisch Aufträge entzogen und an andere vergeben hat, europäische wie auch deutsche Firmen. Damit wird die DSK, deren Überleben nur durch enorme steuerliche Subventionen gesichert wird, ihrer Verantwortung gegenüber Zulieferfirmen nicht gerecht, die mittelbar ebenfalls von Subventionszahlungen abhängig sind, ohne jedoch wie die DSK einen eigenständigen Zugriff auf diese zu haben. Nach Auffassung der GRÜNEN muss ein sozialverträglicher Abbau von Stellen nicht nur bei der DSK selbst, sondern auch bei den von ihr abhängigen Zulieferfirmen organisiert werden.

Die Situation der unmittelbaren Zulieferfirmen und ihrer Beschäftigten muss deshalb in den Kohleverhandlungen mitthematisiert werden.

Daniela Schneckenburger stellt in ihrer Funktion als landespolitische Sprecherin der Grünen fest: „Gleichzeitig sind die Anteilseigner der DSK bzw. RAG dazu aufgerufen, angesichts eines Gewinns von 7 Milliarden Euro bei EON im Geschäftsjahr 2005 ihre Verantwortung für einen sozialverträglichen Beschäftigungsabbau bei HDH wahrzunehmen. Es kann nicht angehen, dass eine Region wie das Ruhrgebiet über Jahrzehnte hinweg sowohl mit seinen Arbeitskräften wie auch seiner Infrastruktur für ein Unternehmen zur Verfügung steht, dieses sich jedoch auf Kosten der Sozialsysteme am Ende aus der Verantwortung stiehlt.“